



# BürgerInnenbrief

23. Dezember 2016

Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

Wohnungspolitik: Berlin & Hamburg +++ Keine Abschiebungen nach Afghanistan! +++ G20 +++ Cityhof erhalten!

## Liebe Leserinnen und Leser,



Zeichnung: Birgit Kiupel

das Jahr neigt sich dem Ende zu, viele lechzen nach freien, ruhigen und nicht zuletzt besinnlichen Tagen, sicher auch nach einer rauschenden Silvesterparty. Wir haben das auch bitter nötig. Gerade vor dem Hintergrund der grauenvollen Nachrichten aus Berlin, aus Syrien, aus Griechenland und vielen anderen Gegenden. Ein Trump(el) an der Spitze der ökonomisch und militärisch stärksten Macht der Welt? Reaktionärste Kräfte in einer wachsenden Anzahl von Nachbarländern, ein rassistischer und islamophober Mob in Deutschland? Wir sehen der nächsten Zukunft mit Sorge entgegen. Auch der wachsenden sozialen Kluft in unserer Stadt. Wie oft haben wir darauf verwiesen, dass Hamburg als eine der reichsten Metropolen Europas eigentlich die Ressourcen dafür hätte, umzuverteilen, von oben nach unten, wenigstens damit anzufangen, im spürbaren Maße. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die von der SPD und ihrem grünen Anhängsel be-

triebene Haushaltsdebatte hat uns eines gezeigt: Olaf Scholz und der »rot-grüne« Senat, sie haben die soziale Frage nicht zu ihrem Hauptanliegen gemacht. Stattdessen werden wir mit Elbphilharmonie-Werbung überschwemmt, der Bürgermeister rügt die Opposition, sie würde die gute Stimmung in der Stadt ignorieren und sich damit ins Abseits stellen.

Wir werden weitermachen. Die Finger in die Wunden legen, Alternativen aufzeigen, für eine Umverteilung zugunsten der ärmeren und benachteiligten Menschen, Gruppen und Quartiere eintreten. Um das mit neuer Kraft anzugehen, machen auch wir ein bisschen Pause, um eben diese nötige Energie zwischen den Jahren zu tanken. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern des »BürgerInnenbriefes« ein paar wunderbare Feiertage, Abstand vom Alltag und einen guten Rutsch in ein vielleicht doch besseres neues Jahr.

Herausgeberinnen und Redaktion

# Jenseits neoliberaler Wohnungspolitik?

Ein Rückblick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin von Jonathan Diesselhorst



Am Alex mit K. Lompscher (Foto: Jonathan Diesselhorst)

Der Koalitionsvertrag des ersten rot-rot-grünen Senats in Berlin ist unterzeichnet. Zeit, einen Blick zurück auf die Koalitionsverhandlungen zu werfen: Was hat DIE LINKE in der Wohnungspolitik erreichen können, was bleibt zu wünschen übrig?

Spätestens seit 2010 ist die Wohnungsfrage, wie auch in anderen Städten, in Berlin mit aller Macht auf die politische Tagesordnung zurückgekehrt. Angesichts rasant steigender Mieten, der Verdrängung von MieterInnen mit geringem Einkommen aus den innerstädtischen Bezirken und einer wachsenden Zahl von Zwangsräumungen und Wohnungslosigkeit eigentlich kein Wunder, könnte man meinen. Doch dass über Wohnungsmangel in der Berliner Landespolitik in den letzten Jahren überhaupt wieder ernsthaft diskutiert wurde, ist nicht nur der hartnäckigen Oppositionsarbeit der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, sondern vor allem auch zahlreichen Demos, Aktionen und Kampagnen der Berliner MieterInnenbewegung zu verdanken, die den Berliner Senat mit dem Volksentscheid *100% Tempelhof* und der Kampagne zum *Berliner Mietenvolksentscheid* bereits seit einigen Jahren vor sich hergetrieben hatte. Die ab 2012 vom rot-schwarzen Senat propagierte Antwort auf die Wohnungsfrage lässt sich in drei Worten zusammenfassen: »Bauen, bauen, bauen«. Parallel dazu beschlossene Maßnahmen, darunter ein »Mietenbündnis« mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, ein zaghafter Wiedereinstieg in die Wohnungsbauförderung und die Einfüh-

rung einer zahnlosen »Mietpreisbremse« sowie eines Zweckentfremdungsverbots, glichen eher einer überstürzten Wiederbelebung alter Instrumente als dem ernsthaften Versuch, bezahlbare Wohnungen für **alle** BerlinerInnen im Zweifel auch gegen die Renditeinteressen privater Bauherren und Eigentümer durchzusetzen.

Das gute Wahlergebnis für die LINKE vom 18. September zeigt auch: Abgewählt wurde eine autoritäre und unsoziale Politik, die steigenden Mieten, Verdrängung und einer wachsenden Zahl von Zwangsräumungen und Wohnungsverlusten nichts anderes entgegensetzen hatte als teure Neubauprojekte, die im Zweifel gegen den erklärten Willen der BewohnerInnen vor Ort durchgesetzt werden und für die vielerorts städtische Grünflächen und Kleingartenanlagen vernichtet wurden. Gestärkt durch das Wahlergebnis von 15,6%, ausgerüstet mit einem ambitionierten Programm und hohen Erwartungen begann DIE LINKE, Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen zu führen. Die erwiesen sich gerade im Detail nicht immer als einfach: Gerade bei den wirksamsten wohnungspolitischen Instrumenten auf Landesebene erwiesen sich die Beharrungskräfte vor allem der SPD als am stärksten. Doch schließlich konnte nach zähen Verhandlungen ein Kompromiss erzielt werden, der erste Schritte in Richtung einer sozialen städtischen Wohnungspolitik einleitet:

Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden eine Eigenkapitalerhöhung von 100 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt bekommen, um in ihren Beständen ein wachsendes Segment an preiswerten Wohnungen anzubieten und bei Neubauprojekten mindestens 50% als preiswerte Woh-

Der komplette **rot-rot-grüne Koalitionsvertrag** unter dem Titel **Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen** findet sich hier: [https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/2016-11-16-koalitionsvereinbarung\\_2016-21\\_final\\_0.pdf](https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/2016-11-16-koalitionsvereinbarung_2016-21_final_0.pdf).

**Jonathan Diesselhorst ist Referent bei der zukünftigen Berliner Senatorin für Wohnen und Bauen, Katrin Lompscher (DIE LINKE Berlin)**

nungen für Wohnungsberechtigungsschein-(WBS-)Berechtigte zu errichten. Außerdem werden die Mieterhöhungsmöglichkeiten in Bestandswohnungen der Landeswohnungsunternehmen für die nächsten vier Jahre auf maximal 2% jährlich beschränkt, bei Neuvermietungen im Bestand sollen 60% an WBS-berechtigte Haushalte vergeben werden. Die Umlage von Modernisierungskosten auf die Jahresmiete wird auf 6% abgesenkt und eine Befristung geprüft. Besonders wichtig war uns, dass bei Bauprojekten der Wohnungsunternehmen eine umfassende Beteiligung der AnwohnerInnen erfolgt. Einige der Neubauvorhaben, die zurzeit von den städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften geplant werden, sind hochgradig umstritten, weil sie in bestehenden Wohnquartieren oftmals zu einem Verlust von Licht, Luft und Grünflächen führen.

Auch im alten sozialen Wohnungsbau, der wegen der absurden Förderpolitik zu West-Berliner Zeiten nie wirklich sozial war, besteht dringender Handlungsbedarf: Der alte soziale Wohnungsbau West-Berliner Prägung war im Wesentlichen ein lukratives Steuerabschreibungsmodell für private InvestorInnen, das diesen die Berechnung astronomisch hoher »Kostenmieten« ermöglichte, die mithilfe staatlicher Zuschüsse auf niedrigere »Sozialmieten« heruntersubventioniert wurden. Außerdem gab es keinerlei Kontrolle der Baukosten durch das Land Berlin, sodass die geförderten Mietwohnungen, die bis in die 1990er Jahre gebaut wurden, teilweise zu den teuersten Berlins zählen. Durch die Befristung der Förderprogramme und den Wegfall der sogenannten Anschlussförderung fallen in Berlin pro Jahr bis zu 10.000 Wohnungen aus den Mietpreisbindungen heraus. Dazu haben wir uns in den Verhandlungen auf Sofortmaßnahmen und Eckpunkte für eine Reform einigen können: Dabei werden zunächst die jährlichen Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau ausgesetzt und die Mieten durch Zinssenkungen reduziert. Die schon bestehende Härtefallregelung für MieterInnen im sozialen Wohnungsbau wird überarbeitet, d.h. es werden höhere Mietzuschüsse gezahlt als bisher. In den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode wird für die bestehenden Sozialwohnungen mit und ohne Anschlussförderung ein System der einkommensabhängigen sozialen Richtsatzmiete eingeführt, um die absurden und für MieterInnen verheerenden Auswüchse des Kostenmietensystems ein für alle Mal zu beenden. Um dem fortschreitenden



Koalitionsvertrag r2g (Foto: Jonathan Diesselhorst)

### Erklärung der Hamburger Linksfraktion nach dem Anschlag vom 19. Dezember 2016 in Berlin:

**»Verteidigen wir gemeinsam Demokratie und offene Gesellschaft!«**

Zum Anschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin erklären Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft:

»Die Opfer in Berlin und ihre Familien und Freund\_innen haben unser Mitgefühl. Ihr Leid zu respektieren heißt auch, den Anschlag lückenlos und mit aller Sorgfalt aufzuklären. Angst und Wut dürfen nicht unser Handeln bestimmen. Wir müssen wachsam sein – und wir müssen gemeinsam an Freiheit, Gerechtigkeit und Offenheit festhalten. Sonst haben die gewonnen, die mit ihren Schreckenstaten Hass und Angst säen wollen. Schon versuchen bestimmte Kräfte ohne jeden Skrupel, aus dem unsäglichen Leid politisches Kapital zu schlagen. Sie instrumentalisieren die Schreckensnachrichten und schüren Vorurteile und weiteren Hass. Verteidigen wir auch gegen sie gemeinsam die Demokratie und die Werte einer offenen Gesellschaft! Krieg und Terror sind Geißeln der Menschheit, die sich oft gegenseitig bedingen. Lasst uns gemeinsam die Hoffnung nicht aufgeben, dass wir sie eines Tages gemeinsam überwinden werden!«

Hamburg, den 20. Dezember 2016

Abschmelzen der Bestände an Sozialwohnungen entgegenzuwirken, werden diese vorrangig von städtischen Wohnungsgesellschaften angekauft.

Auch in der Wohnungsbauförderung, einem weiteren wichtigen Standbein der Wohnungspolitik auf Landesebene, haben wir deutliche Fortschritte erzielen können. Im Gegensatz zum vorigen Senat, der fast ausschließlich den Neubau von Wohnungen förderte – was die teuerste Lösung ist, um preisgünstige Wohnungen zu schaffen – haben wir erreichen können, dass in Zukunft verstärkt auch Modernisierung, Ankauf sowie Aufstockung und Umbau von Nichtwohngebäuden gefördert werden. Mit unserer Forderung nach dauerhaften Bindungen für alle geförderten Wohnungen (die es z.B. in Österreich oder den Niederlanden längst gibt), konnten wir uns zwar leider nicht durchsetzen, immerhin soll die Dauer der Bindungen aber deutlich verlängert werden – insgesamt sollen pro Jahr 5.000 neue Sozialwohnungen entstehen. Genossenschaften sollen in Zukunft durch die Vergabe von städtischen Grundstücken besser unterstützt werden. Modellprojekte zur Re-kommunalisierung von Wohnungen und Gründung von selbstverwalteten MieterInnen-genossenschaften wie am Kottbusser Tor wird die Koalition unterstützen – auch darum gab es in den Verhandlungen ein zähes Ringen. Ein zentrales Anliegen war für uns auch, für die zahlreichen Geflüchteten, die in Berlin noch immer unter menschenunwürdigen Bedingungen in Notunterkünften wie Turnhallen oder dem Flughafen Tempelhof ausharren müssen, eine dezentrale Unterbringung in re-



gulären Wohnungen zu organisieren. Dazu werden vermehrt Kooperationsvereinbarungen mit privaten VermieterInnen abgeschlossen und auch die Ausgabe von Wohnberechtigungs-scheinen für Geflüchtete angestrebt.

Letztlich bleiben die Spielräume auf Landesebene aber begrenzt. Daher haben wir uns in den Verhandlungen energisch dafür eingesetzt, auch auf Bundesebene für einen besseren Schutz von MieterInnen zu streiten. So wird Berlin für eine Reform der Mietpreisbremse eintreten, die keine Ausnahmeregelungen mehr zulässt, für einen verbesserten Schutz vor Kündigungen und die Berücksichtigung auch älterer Mietverträge bei der Erstellung von Mietspiegeln. Auch für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit, wichtigste Voraussetzung für einen sozialen, nicht-profitorientierten Wohnungssektor, wird sich Berlin auf Bundesebene einsetzen.

Unterm Strich ist auch die Berliner Koalitionsvereinbarung zunächst einmal ein Kompromiss, der Wünsche offen

lässt und in mancher Hinsicht hinter dem zurückbleibt, was möglich und nötig wäre, um der spekulativen Verwertung von Wohnraum und der Wohnungskrise wirksam etwas entgegenzusetzen. Dennoch hat sich DIE LINKE mit zentralen Anliegen durchsetzen können, womit Aussicht auf einen echten wohnungspolitischen Kurswechsel besteht. Die Berliner Koalitionsvereinbarungen zeigen: Die neoliberale Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte ist kein Naturgesetz – eine andere Politik ist möglich, wenn innerhalb und außerhalb des Staats entschieden dafür gestritten wird. Es bleibt zu hoffen, dass davon auch Impulse für den Rest der Bundesrepublik ausgehen. Denn klar ist: Unter den Bedingungen der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene bleiben die Spielräume für eine progressive Wohnungs- und Sozialpolitik erst einmal begrenzt. In Zeiten von wachsender sozialer Ungleichheit, Nationalismus und rassistischer Ausgrenzung aber ist eine linke Antwort auf die Wohnungsfrage wichtiger denn je.

Als neuer Staatssekretär für den Bereich Wohnen und Bauen ist der bekannte Stadtsoziologe und Gentrifizierungskritiker **Dr. Andrej Holm** berufen worden. Eine von der bürgerlichen Presse und den Rechtsparteien getragene Kampagne zielt jetzt darauf ab, die Berufung von Andrej Holm rückgängig zu machen. Folgende **Petition von Berliner MieterInneninitiativen** macht gegenwärtig nicht nur in der Bundeshauptstadt die Runde und findet unsere vollste Unterstützung:



### **Druck machen für soziale Wohnungspolitik.**

Die neue Berliner Regierung hat der Stadtgesellschaft einen Politikwechsel versprochen. Einer der wichtigsten Bereiche für diesen Wandel ist die Wohnungspolitik. Dr. Andrej Holm hat es gewagt, dieses Versprechen nicht nur ernst zu nehmen, sondern sogar als Staatssekretär selbst mit seinem Wissen und Können zum Wohle der meisten Menschen in dieser Stadt in die Verantwortung zu gehen.

Herr Holm genießt in der internationalen Wissenschaft hohes Ansehen. Er ist viel zitierter und eingeladener Experte, von Veranstaltungen der mietenpolitischen Bewegung über Verbände und Parteien bis zu TV-Talkshows. Seine Positionen sind bekannt: Der Markt versagt auf dem Gebiet der Wohnungsversorgung; die Politik muss sich konsequent auf die Seite der Mieter stellen, um die hohen und immer noch steigenden Wohnkosten zu stoppen und die Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten zu verhindern. Die Bevölkerung muss in die Entscheidungen über unsere Zukunft und die Zukunft Berlins einbezogen werden, damit eine demokratische und soziale Entwicklung möglich wird.

Andrej Holm hat im Herbst 1989 eine Offizierslaufbahn bei der Stasi begonnen, die nach wenigen Monaten – wie die gesamte DDR – unterging. Er war kein »Inoffizieller Mitarbeiter« und hat niemanden bespitzelt. Er hat sich aber auch nicht an der Oppositionsbewegung beteiligt, die in einem verkrusteten, undemokratischen und autoritären Staat den Mut hatten, für mehr Demokratie und eine offene Gesellschaft auf die Straße zu gehen. Mit dieser Biografie, mit diesen Fehlern, ist Andrej Holm seit vielen Jahren offen umgegangen. Auch Oppositionelle und Opfer der DDR-Repression zollen ihm dafür Respekt.

Seit den 1990er Jahren beteiligt sich Andrej Holm wissenschaftlich und aktivistisch an vielfältigen Protesten gegen eine Stadtentwicklung, die zugunsten der Immobilienwirtschaft und zulasten der Bevölkerung ausgerichtet ist. Demokratisierung der Stadtpolitik und Mitbestimmung sind seitdem wichtige Leitlinien für ihn. Er hat aus gemachten Fehlern gelernt.

Gleichzeitig wissen die Politiker\*innen der SPD, Grünen und Linkspartei, wie viele Absagen von hochkompetenten Menschen für Aufgaben im neuen Berliner Senat sie sich in den letzten Monaten eingehandelt haben. Mindestens mehrere Dutzend. Sie wissen auch um die Begründung in den allermeisten Fällen: »Das tue ich mir nicht an!« Auf Andrej Holm wird im Moment genau die Sorte von Hetzjagd veranstaltet, vor der viele zurückgeschreckt sind. Vorgeworfen wird ihm eine bewusste Verschleierung seiner Stasi-Vergangenheit bei der Einstellung an der Humboldt-Universität im Jahr 2005. Dabei wird nicht bestritten, dass Andrej seine Mitarbeit bei der Stasi schon lange zugegeben hat, sondern die Vorwürfe sind rein formal. Worum es hier geht, sind falsche Kreuze in einem potenziell missverständlichen Fragebogen, der vor allem auf die Identifizierung von »inoffiziellen Mitarbeitern« (IM) und nicht von hauptamtlichen Stasimitarbeitern zielt. Die Form dieses Fragebogens ist blind für biografische Widersprüche und kann keine Einschätzungen einer Person und ihrer Verantwortung

begründen. Für uns ist zentral, dass Andrej Holm sich schon früh mit seiner Vergangenheit auseinandergesetzt und mit DDR-Oppositionellen darüber gesprochen hat.

Eine demokratische Gesellschaft zeichnet aus, dass sie Menschen erlaubt, sich zu verändern. Sie gibt allen eine neue Chance. Ein Mensch sollte deshalb an seinen konkreten Handlungen der letzten Jahre und im Jetzt gemessen werden und nicht an einer lange zurückliegenden Vergangenheit. Das gilt gerade dann, wenn er sich öffentlich zu dieser Vergangenheit bekannt und von ihr distanziert hat. Menschenrechte gelten auch für politische Gegner. Gerade wegen seiner Lebensgeschichte ist Dr. Andrej Holm ein Vorbild in einem demokratischen Gemeinwesen. Nicht weil er Fehler gemacht hat, sondern gerade weil er es geschafft hat, sich zu diesen Fehlern zu bekennen und Lehren daraus zu ziehen. Andrej Holms Biografie hat Ecken und Kanten, so wie es das Leben hat. Eine Demokratie sollte damit umgehen können. Der »Fall Andrej Holm« ist zu einem Symbol geworden. Auf dem Spiel steht dabei weniger die Glaubwürdigkeit von Dr. Holm als die Glaubwürdigkeit des rot-rot-grünen Regierungsprojektes. Lässt sich die Berliner Regierung von einer Schmutzkampagne der Opposition in die Ecke treiben? Oder hält sie einen Staatssekretär aus, der schon heute für Kontroversen und Reibungen sorgt und dies auch weiterhin tun wird?

Ein glaubhafter Politikwechsel geht immer mit Schmerzen, Verunsicherungen und Blessuren einher. Wir fordern den Senat deshalb auf, dem Druck standzuhalten und die Anwürfe, die die Neuausrichtung der Berliner Wohnungspolitik mit einer Diskussion über die DDR-Vergangenheit und über die Einstellungsmodi im öffentlichen Dienst vermischen, zurückzuweisen.

**Dr. Andrej Holm als neuer Staatssekretär steht nicht einer Auseinandersetzung über DDR-Repression im Weg, sondern dem Ausverkauf der Stadt. Und genau deshalb brauchen wir ihn.**

Initiatoren: Stadt von Unten; Mietergemeinschaft Kotti & Co; Mietenvolksentscheid Berlin; Initiative Volksentscheid Retten; Bizim Kiez; Schenkungshäuser GSW23; Initiative 100% Tempelhofer Feld; metroZones e.V.; Haben und Brauchen.

## Fünf Jahre SPD-Wohnungspolitik

Ein Kommentar von Heike Sudmann



Modell des Quartiers Am Sandtorpark, Hafencity (wikipedia)

Seit fünf Jahren ist die Wohnungspolitik ein Schwerpunkt des SPD-geführten Senats. Doch der Mietenwahnsinn und die Wohnungsnot für Menschen mit wenig Einkommen sind auch heute ungebrochen.

Wie kann das sein, wo dieser Senat so viele Wohnungen in Hamburg bauen lässt wie seit Jahren nicht mehr und wie es auch kein anderes Bundesland vermag? Wie kann das sein, wo dieser Senat seit fünf Jahren predigt, dass nur der Bau von neuen Wohnungen zu einer Entspannung des Mietmarkts beiträgt? Wie kann das sein, wo der eigens erfundenen Drittmix – ein Drittel öffentlich geförderte Mietwohnungen, ein Drittel freifinanzierte Mietwohnungen und ein Drittel Eigen-

tumswohnungen – den Wohnungsneubau gerecht und sozial machen sollte?

### Entspannte Mieten durch Wohnungsneubau?

Die Idee der SPD, dass durch neue Wohnungen der Wohnungs- und Mietmarkt entlastet wird, hakt an mehreren Stellen:

- Es ziehen deutlich mehr Menschen nach Hamburg, als neue Wohnungen gebaut werden;
- der Wohnflächenverbrauch pro Kopf steigt kontinuierlich an;
- Bestandsmieten werden durch Neubau nicht günstiger, solange es keinen Überschuss an Wohnungen gibt;

- Bestandsmieten werden durch Neubau teurer, da die freifinanzierten Wohnungen mit ihren hohen Mieten in den Mietenspiegel einfließen. So finden sich im aktuellen »Mietenspiegel 2015« alle Neubauwohnungen wieder, die **vor** dem 31.12.2014 bezugsfertig wurden.

Insofern ist es kein Wunder, dass die Mieten kontinuierlich steigen:

- »Mietenspiegel 2015«: + 6,1%, die durchschnittliche Miete liegt jetzt bei 8,02 Euro/qm,
- »Mietenspiegel 2013«: + 5,7%, durchschnittliche Miete bei 7,56 Euro/qm.

### Der Bedarf an günstigen Wohnungen...

Ein Blick auf die Rahmendaten hat schon 2011, im Jahr der Regierungsübernahme der SPD, gezeigt, dass die Ausrichtung des Wohnungsbauprogramms wenig mit der Realität zu tun hat. Schon damals hatten über 40% aller Haushalte (rund 400.000) so wenig Einkommen, dass sie eine im 1. Förderweg geförderte Wohnung (= klassische Sozialwohnung) hätten beanspruchen können. Nimmt mensch die Einkommensgrenzen des 2. Förderweges dazu, waren es über 50% aller Haushalte, die eine öffentlich geförderte Wohnung beanspruchen könnten. An diesen Zahlenverhältnissen hat sich bis heute nichts geändert. Weniger geworden sind jedoch die zur Verfügung stehenden öffentlich geförderten Wohnungen: Von den 100.000 Sozialwohnungen im Jahr 2011 sind heute nur noch knapp 84.000 (inkl. der seit 2011 neugebauten) übrig geblieben. Der Grund hierfür liegt in den alten Sozialwohnungen, deren Mietpreisbindungen nach und nach auslaufen. Wann wie viele Wohnungen aus der Bindung laufen, ist bekannt. Deshalb wäre es ein Leichtes, zu erkennen, dass die mickrigen Neubauzahlen von bisher 2.000 neuen Sozialwohnungen jährlich nicht ansatzweise ausreichen.

### ... wird mit dem Wohnungsbauprogramm nicht gedeckt

Im Jahr 2014 wurden 2.005 Wohnungen im 1. Förderweg gebaut, während gleichzeitig 2.769 Wohnungen aus der Bindung liefen. Im Jahr 2015 standen 2.148 neue geförderte Wohnungen einem Verlust von 6.931 gebundenen Wohnungen gegenüber.

### Das Trugbild vom Drittmix

Obwohl der Drittmix nicht ansatzweise ausreicht, um ausreichend günstigen Wohnraum zu schaffen, wird er noch nicht mal eingehalten. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 6.974 Wohnungen gebaut, davon rund 29% öffentlich gefördert. Im Jahr 2015 waren es bei wesentlich mehr Neubauwohnungen, nämlich 8.521, nur noch 25%. Mittlerweile verabschiedet sich Rot-Grün auch von dem Drittmix. Hieß es noch vor wenigen Monaten, von den angestrebten 10.000 bis 12.000 Wohnungsbaugenehmigungen sollten 3.000 öffentlich gefördert sein, heißt es jetzt: »Senat und Bezirksämter streben an, mindestens 10.000 Wohnungen pro Jahr zu genehmigen und in Projekten mit Mietwohnungsneubau einen Anteil von 30% öffentlich geförderter Wohnungen für Haushalte mit mittlerem und geringem Einkommen zu erreichen.« Dieser Passus fin-

## Die wichtigsten wohnungspolitischen Daten im Überblick:

### 1. Förderweg (klassische Sozialwohnung)

Anfangsmiete im Neubau: 6,30 Euro/qm Wohnfläche nettokalt;  
Einkommensgrenze: max. 23.200 Euro für 1-Person-Haushalt, 34.300 Euro für 2-Personen-Haushalt, 43.800 Euro für 3-Personen-Haushalt, 53.200 Euro für 4-Personen-Haushalt, 62.700 Euro für 5- und mehr-Personen-Haushalt.

### 2. Förderweg

Anfangsmiete im Neubau: 8,40 Euro/qm Wohnfläche;  
Einkommensgrenze: max. 28.300 Euro für 1-Person-Haushalt, 41.100 Euro für 2-Personen-Haushalt, 53.700 Euro für 3-Personen-Haushalt, 65.300 Euro für 4-Personen-Haushalt, 77.000 Euro für 5-Personen- und mehr-Haushalt.

### Freifinanzierte Wohnungen

Einstiegsrente im Neubau: ab ca. 12 Euro/qm Wohnfläche aufwärts.

### Mietenspiegel 2015

Auszug aus der Ende 2015 erschienenen Broschüre der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen ([www.hamburg.de/contentblob/4661766/f7b9771eeae53306c1ea63cf2aa2ac83/data/d-mietenspiegel-broschuere-2015.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/4661766/f7b9771eeae53306c1ea63cf2aa2ac83/data/d-mietenspiegel-broschuere-2015.pdf)): »Der Mietenspiegel ist eine Übersicht über die in Hamburg am 1. April 2015 gezahlten Mieten für freifinanzierte Wohnungen jeweils vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage. Die Mieten werden kurz »ortsübliche Vergleichsmiete« genannt. Der Mietenspiegel findet seine Grundlage im BGB. (...)

In dem Mietenspiegel werden jedoch keine Mieten berücksichtigt für Wohnungen (...), die nach dem 31.12.2014 bezugsfertig geworden sind,

bei denen die Miethöhe durch Gesetz oder im Zusammenhang mit einer Förderzusage festgelegt worden ist.«

Die durchschnittliche Miete wurde mit 8,02 Euro/qm ermittelt, was einem Anstieg von 6,1% gegenüber dem letzten Mietenspiegel aus dem Jahr 2013 entspricht.



det sich in dem rot-grünen Wohnungsbauantrag zum Haushalt 2017/18 (Drs. 21/7012, S. 2). Mal abgesehen davon, dass 30% kein Drittel sind, wird nunmehr nicht der gesamte Wohnungsbau als Bezugsgröße genommen, sondern nur noch der Mietwohnungsbau. Dass es sich bei dieser Formulierung um kein Versehen handelt, berichten linke Abgeordnete, in deren Bezirken rot-grün genau so verfahren will.

In der Bürgerschaft haben wir beantragt, dass mindestens 6.000 Sozialwohnungen pro Jahr gebaut werden sollen und auslaufende Mietpreisbindungen, insbesondere bei der SAGA GWG, verlängert werden (Drs. 21/6965). Erwartungsgemäß wurde dieser Antrag abgelehnt.

### **Teufelskreis der kurzen Laufzeit öffentlicher Förderung**

Mittlerweile haben die Mietpreisbindungen im öffentlichen geförderten Wohnungsbau nur noch eine Laufzeit von 15 Jahren. Danach unterliegen diese Wohnungen dem normalen Mietmarkt mit seinen Preissteigerungen. Um den Verlust dieser Mietpreisbindungen aufzufangen, werden neue Wohnungen mit Mietpreisbindungen geschaffen, die dann auch wieder nach wenigen Jahren aus der Bindung laufen. Dieser Kreislauf ist ökonomisch schwachsinnig und bringt den Mie-

terInnen keine dauerhaften günstigen Mieten. Statt alle 15 Jahre in andere, neue Wohnungen öffentliche Gelder zu stecken, fordert DIE LINKE den Grundsatz ein: einmal öffentlich gefördert, immer (mietpreis)gebunden!

### **Zufriedene SPD und das Lebensgefühl der HamburgerInnen**

In seiner Haushaltsrede am 13. Dezember warf der Erste Bürgermeister, Olaf Scholz, der Opposition vor, sie würde an dem echten Lebensgefühl der Menschen vorbei Politik machen. Schließlich sei ein großer Anteil der HamburgerInnen zufrieden mit seiner Politik. Die soziale Spaltung der Stadt, die sich auch in nichtbezahlbaren Mieten dokumentiert, ist für die SPD und für die Grünen kein Thema. Wie in seiner Regierungserklärung 2011 nahm Olaf Scholz auch in seiner Rede zum Haushalt 2017/18 das Wort »Soziales« nicht in den Mund. Vielmehr orientierte Scholz sich an dem sattsam bekannten wie fragwürdigen bis falschen Motto »Jeder ist seines Glückes Schmied«. Wer das Unglück hat, trotz Arbeit zu wenig Geld zu verdienen, wer zu wenig Rente erhält oder dessen Miete von der Grundsicherung nach einer Mieterhöhung nicht mehr übernommen wird, ist mit dieser SPD und diesen sozialschwachen GRÜNEN doppelt gestraft.

## **Kurzmeldungen zu Verkehr & Erbaurecht**

Von Heike Sudmann



Keine Geschenke vom HVV..

### **Alle Jahre wieder wird der HVV teurer**

Auch in diesem Jahr hat die Mehrheit der Bürgerschaft gegen unsere Stimmen »Ja« zu den HVV-Preiserhöhungen ab dem 1. Januar 2017 gesagt. Während die Fantasie beim automatisierten Fahren – U-Bahnen und Busse ohne FahrerIn – schon recht weit gediehen ist, scheinen unsere Alternativen zu den HVV-Fahrpreisen vom BürgerInnenticket bis zum fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr für die meisten Abgeordneten eine Überforderung ihres Vorstellungsvermögens darzustellen. Dabei gibt es nicht nur gute Gründe, den umweltfreundlichen Verkehr zu stärken und auszubauen im Gegensatz zu dem schädlichen Autoverkehr, sondern auch real existierende Beispiele. Aber wie so oft bedarf es auch bei die-

sem Thema Geduld und Beharrlichkeit, damit Mobilität und Teilhabe allen ermöglicht wird.

### **Hamburgs Verkehrspolitik: Laut und dreckig!**

Am 14. Dezember 2016 wurde der Bundesländerindex »Mobilität & Umwelt« der Allianz Pro Schiene, des BUND und des Deutschen Verkehrssicherheitsrates vorgestellt. Der verkehrspolitische Ländervergleich misst die Nachhaltigkeit des Verkehrssektors, Hamburg liegt dabei weit abgeschlagen mit 30 Punkten auf dem letzten Platz.

So stellt die Studie fest, dass Hamburg bundesweit den zweithöchsten Anteil an von Verkehrslärm betroffenen BürgerInnen hat. 140.000 Menschen leiden unter der hohen

Lärmbelastung in der Stadt. Dazu kommen eine der bundesweit höchsten Stickstoffdioxid-Konzentrationen und weiter steigende CO<sub>2</sub>-Belastungen. Die Hamburger Verkehrspolitik ist laut und dreckig. Eine Wende in der Verkehrspolitik ist jedoch nicht in Sicht. Tempo 30 lehnt der rot-grüne Senat ebenso ab wie eine Reduzierung des Autoverkehrs. Wer Hoffnungen auf die GRÜNEN gesetzt hat, wird enttäuscht: Der grüne Anbau ans Scholz'sche Haus ist offenbar nur Deko - nachhaltige Politik sieht anders aus.

### **Erbbaurecht: Links wirkt? Senat senkt den Erbbauzins**

DIE LINKE hat sich stets gegen den Verkauf städtischen Grund und Bodens ausgesprochen. Ihre Alternative heißt das Erbbaurecht: Dabei bleibt das Grundstück in der Hand der Stadt, kann aber gegen Zahlung eines Erbbauzins genutzt und bebaut werden.

Die Entscheidungen über den Umgang mit städtischen Flächen (Ankauf, Verkauf, Erbbaurecht) erfolgen in der Kommission für Bodenordnung. Obwohl DIE LINKE seit 2008 in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten ist, hat sie erst seit der letzten Wahl Anspruch auf einen »ordentlichen« Platz in der Kommission. In vier Bezirken haben die LINKEN immerhin auch einen Sitz für einen/eine Stellvertreter/in erhalten.

Seit August 2015 streite ich nun, unterstützt von den BezirksvertreterInnen, in der Kommission für das Erbbaurecht. Wie in den 1990er Jahren werde ich dafür von anderen Kommissionsmitgliedern milde belächelt, finden sie doch mehrheitlich den Verkauf städtischer Flächen gut. In verschiedenen Fällen zeigte sich jedoch, dass der Verkauf für die Stadt nachteilig war. Vielleicht setzt sich die generelle Erkenntnis über die Vorteile des Erbbaurechts langsam durch?



Letzter Platz für die Freie und Hansestadt – aus der Studie der **Allianz pro Schiene** (veröffentlicht am 14.12.2016, vollständig einsehbar unter: [www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/pm-bundeslaenderindex-mobilitaet-und-umwelt/](http://www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/pm-bundeslaenderindex-mobilitaet-und-umwelt/)).

Mittlerweile hat der Senat jedenfalls eine Vorlage gemacht, in der er die Vorteile des Erbbaurechts für die (spätere) Stadtentwicklung hervorhebt und deshalb das Erbbaurecht attraktiver gestalten will. Statt 5% wird der Erbbauzins nun auf 2,4% bei 75jähriger Laufzeit gesenkt. Das ist ein erster kleiner Schritt hin zu einem anderen Umgang mit städtischem Eigentum. Nach dem Motto »Steter Tropfen höhlt den Stein« müssen wir weiter für das Erbbaurecht streiten.

## **Keine Abschiebungen nach Afghanistan!**

Von Surya Stülpe, Referentin bei Christiane Schneider



Foto: Chris Grodzki

Insgesamt wird zurzeit in 31 der 34 Provinzen Afghanistans gekämpft, immer mehr Menschen sind auch innerhalb des Landes auf der Flucht – die Vereinten Nationen befürchten, dass die Zahl der Binnenvertriebenen bis Ende des Jahres auf

1,5 Millionen steigt. Obwohl sich die Sicherheitslage in Afghanistan immer weiter verschlimmert, startete am vergangenen Mittwoch der erste Sammelabschiebe-Charterflug von Deutschland nach Afghanistan. Auch die Stadt Hamburg hat,



nachdem sie die »Senatorenregelung« für afghanische Staatsangehörige einfach sang- und klanglos aufgehoben hatte, Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Dagegen gab es mehrere kraftvolle Demonstrationen aus der Community und einen Antrag der LINKEN an die Hamburgische Bürgerschaft: Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

In der Innenministerkonferenz Ende November 2016 ist verabredet worden, dass das Bundesministerium des Innern in Abstimmung mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Flüchtlingshochkommissariat (UN-

HCR) eine neue Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan liefern soll. Weil dies bisher nicht erfolgt ist, sieht u.a. der Innenminister Schleswig-Holsteins Stefan Studt (SPD) bisher von Abschiebungen nach Afghanistan ab. Insgesamt hatte sich nur eine Minderheit von sechs Bundesländern an der Sammelabschiebung beteiligt. Der Hamburger Senat schreckte nicht einmal davor zurück, einen Angehörigen der in Afghanistan verfolgten Hindu-Minderheit abzuschicken.

**Gegen die Abschiebung von Menschen nach Afghanistan protestierten die Abgeordneten der Linksfraktion** zu Beginn des zweiten Tages der Haushaltsberatungen. Sie wurden daraufhin für den gesamten weiteren Tag von der Parlamentspräsidentin Carola Veit (SPD) aus der Bürgerschaft ausgeschlossen. Wir dokumentieren hier einige Statements von Linken Abgeordneten auf Facebook.

**Cansu Özdemir**, Fraktionsvorsitzende: Während der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft haben wir gegen die für den heutigen Abend geplante Massenabschiebung nach Afghanistan protestiert und wurden von der Präsidentin für den heutigen Tag aus der Sitzung ausgeschlossen. Die Entscheidung finde ich, anders als die Fraktionsvorsitzenden der CDU, FDP, SPD und (ausgerechnet) GRÜNEN, ziemlich übertrieben. Die Präsidentin darf bei Verstoß gegen die Hausordnung Abgeordnete aus der Sitzung ausschließen, aber muss es nicht tun. Ja, wir haben mit der Aktion gegen die Hausordnung des Parlaments verstoßen und es ist wirklich schade, dass das Parlament diesen friedlichen Protest nicht erträgt. Hier ging es um Hausordnung vs. Sammelabschiebungen in ein unsicheres Kriegsgebiet. Für uns war es eine Gewissensentscheidung. Phrasen wie: »Linksfraktion Hamburg hat die parlamentarische Demokratie in Hamburg beschädigt« (A.Tjarks) oder »Die Würde des Parlaments ist dann beschädigt, wenn der Umgang miteinander gefährdet wird. Das Wort ist hier das Schwert im Gefecht« (S. Schumacher) oder »Was sagt Ihr, wenn die AfD sich mit »Alle Ausländer raus« im Saal hinstellt? Eurem Beispiel folgend?« (S. von Berg) finde ich ziemlich seltsam. Wir haben Plakate/Papierschilder schweigend hochgehalten, nicht gehetzt, nicht beleidigt, niemandem Schaden zugefügt. Dieses Engagement einiger Abgeordneter (nicht aller), die sich gerade so heftig aus dem Fenster hängen, hätte ich mir damals gewünscht, als Ex-AfD-Abgeordneter Flocken in seiner Rede Muslime beschimpfte und meine Fraktion eine Ältestenratsitzung beantragte und dafür niedergebüllt wurde. Ausgeschlossen wurde er zwar, aber die FDP z.B. hielt diese Entscheidung für falsch – die heutige Entscheidung bzgl. meiner Fraktion findet sie aber richtig. Sehr strange, sehr sehr strange.

**Deniz Celik**: Protest gegen die menschenrechtswidrige Abschiebung in das Kriegsgebiet Afghanistan ist notwendig und wichtig – auch in der Bürgerschaft. Rauswurf aus der Sitzung nehmen wir dafür in Kauf.

**Stephan Jersch**: (...) Zuerst ein großes Danke an all die zustimmenden Feedbacks. Die Aktion war gut und richtig. Ab und an gehören Regelverletzungen zur Politik dazu, insbesondere wenn über das Schicksal der Schwächsten mit möglicherweise fatalen Konsequenzen entschieden wird. Die Beteiligung des rot-grünen Senats an der Abschiebung von Flüchtlingen in ein Land, in dem sich deutsche Politiker und Politikerinnen nur mit Splitterweste und Helm zeigen, wenn überhaupt, ist ein Skandal. Da hilft auch der Kotau von Antje Möller gerade im Plenum nicht. Es half auch nicht, dass Teile der grünen Fraktion bei der »Standpauke« der Bürgerschaftspräsidentin nicht geklatscht haben. Die Rückendeckung, die die Grünen der SPD bei ihrer Law-and-Order Politik bieten, ist eine Mitverantwortung am Bruch des Völkerrechts.

Dies alles heißt auch, dass unsere Fraktion nicht bereit war, den Ausschluss aus der Sitzung dadurch zu verhindern, dass wir unser Bedauern über unsere Aktion ausdrücken und versprechen es nicht wieder zu tun. So nicht, nicht mit uns. Stattdessen erwarte ich, dass die Grünen sich bewegen und dafür sorgen, dass diese Politik des Senats mit Abschiebeknast am Helmut-Schmidt-Flughafen und offensichtlichen Rechtsbrüchen der Ausländerbehörde beendet wird.

Ach ja: Nach sechs Jahren Bezirksversammlung und anderthalb Jahren Bürgerschaft ohne einen einzigen Ordnungsruf war der Platzverweis schon was ... Interessantes. Und die Würde des Hauses hat diese Aktion nicht angekratzt, eher im Gegenteil.



Foto: Linksfraktion Hamburg

Am Tag nach dem Rauswurf (15.12.) hielt die innen- und flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, **Christiane Schneider**, in der Bürgerschaft folgende Rede:

Da es mir heute und hier um die Hamburger Abschiebepolitik geht, komme ich nun zum Thema des gestrigen Tages, der Sammelabschiebung nach Afghanistan. Die Abschiebung in ein von Krieg, Terror und Konflikten zerrüttetes Land, das dem Global Peace Index zufolge das viertgefährlichste Land der Welt ist; in dem die Zahl getöteter und verletzter Zivilisten mit 3.500 bzw. 7.500 2015 einen Höchststand erreichte und in dem für 2016 ähnliche Zahlen für die getöteten und verletzten Zivilisten zu erwarten sind; in dem es Hunderttausende Binnenflüchtlinge gibt, unzählige durch den anhaltenden Krieg entwurzelte Menschen, die in tiefster Not leben: Die Abschiebung in ein solches Land ist ein Rechtsbruch, ist eine Verletzung der Genfer Konvention, die die Abschiebung in ein Land verbietet, in dem das Leben gefährdet ist.

Der Bundesinnenminister erklärt Afghanistan par ordre du mufti zum sicheren Land. Zumindest gebe es sichere Gebiete. Aber auch in den ganz wenigen Gebieten im Norden, die angeblich sicher sind, gibt es täglich Gefechte, Milizen und die Taliban. Niemand kann sagen, wie man sicher in diese Gebiete kommt und wie lange sie angeblich sicher bleiben. Die Bundeswehr ist nicht einmal in der Lage, das deutsche Konsulat in einem angeblich sicheren Gebiet zu schützen. Die Taliban kontrollierten laut NATO große Teile des Landes, auch der »Islamische Staat« entfaltet in Afghanistan längst seine terroristischen Aktivitäten.

Die Abschiebung in ein solches Land ist glatter Rechtsbruch. Sie dient der Abschreckung. Sie dient dem Druck, »freiwillig« auszureisen. Machen Sie sich eigentlich eine Vorstellung, welcher Schrecken derzeit unter den afghanischen Geflüchteten hier herrscht, in den Unterkünften, den Familien, den Schulklassen? Der Rechtsbruch als Mittel, Angst und Schrecken auszulösen?! Ich finde das unerträglich.

Und das Schlimme: Hamburg hätte nicht mitmachen müssen. Unsere Nachbarländer haben sich verweigert. Doch auch hier beansprucht Hamburg eine Vorreiterrolle. Ich habe in den letzten Tagen den Eindruck von einer Ausländerbehörde gewonnen, die vor Eifer, möglichst viele Menschen in den Flieger zu schicken, völlig außer Rand und Band geraten schien. Die bei ihrem Übereifer auch etliche weitere Rechtsbrüche oder rechtlich fragwürdige Maßnahmen in Kauf nimmt. Zum Beispiel Inhaftierungen ohne richterlichen Beschluss oder



Protest afghanischer Geflüchteter, 7.11.2015 (C. Schneider)

einen Abschiebungsversuch bei noch nicht entschiedenem Asylfolgeantrag. Die Abschiebung eines Angehörigen einer verfolgten religiösen Minderheit ohne wirkliche Einzelfallprüfung. Eine Ausländerbehörde also, die absolut willkürlich Menschen aus ihrem Leben herausreißt – ich nenne hier zum Beispiel einen kürzlich Vater gewordenen Mann, der seit 21 Jahren hier lebt, einen unbefristeten Arbeitsvertrag hat und der nachts praktisch ohne Vorwarnung aus seiner Familie gerissen und zum Flieger transportiert wurde.

Eine Behörde ist an Recht und Gesetz gebunden. Ich erwarte eine vollständige Aufklärung möglicher Rechtsbrüche durch die Ausländerbehörde und entsprechende Konsequenzen, auch personelle.

Ein Wort zu den Grünen: Ihre Pressemitteilung, Frau Galina und Herr Gwosdz, in allen Ehren. Ihre Ausführungen, Frau Möller, in allen Ehren. Aber solange die Konsequenzen ausbleiben, solange die Abschiebungen weitergehen, tragen Sie eine Mitverantwortung.

Die Bürgerschaft hat gestern die Hausordnung gegen den Protest meiner Fraktion entschlossen verteidigt. Verteidigen Sie doch genauso entschlossen geltendes Völkerrecht: die Genfer Flüchtlingskonvention und das Recht von Geflüchteten, nicht in Krieg und Terror abgeschoben zu werden. Keine Beteiligung an den Sammelabschiebungen nach Afghanistan! Legen Sie die Rechte der am meisten Schutzbedürftigen nicht der AfD zu Füßen.

Das Thema Abschiebung bleibt weiterhin auf der Tagesordnung. Anfang Januar soll der nächste Flieger voller Geflüchteter nach Afghanistan gehen. Zwei Aufrufe zirkulieren zurzeit in Hamburg:

- Zum einen das von der Gruppe »Never mind the papers!« erarbeitete Dokument **Empört euch – Beschwert euch – Wehrt euch!** Ein Aufruf zum Widerstand gegen Abschiebungen (<https://nevermindthepapers.noblogs.org/>).
- Zum anderen die vom »Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen« (BHFI) gestartete **Petition**, mit der die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan sowie die umgehende Wiedereinführung der Senatorenregelung oder eine ähnliche Regelung für Afghanen eingefordert wird (<http://bhfi.de/wp-content/uploads/2016/12/Petition-keine-Abschiebung-nach-Afghanistan.pdf>).

## Der G20-Gipfel wirft seine Schatten voraus



Checkpoint an der Grenze der Sicherheitszone (C. Schneider)

Auch wenn eine Tagung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sicher differenzierter zu bewerten ist als eine Konferenz des G20-Gipfels der 20 reichsten, ökonomisch, politisch und militärisch stärksten 20 Staaten der Welt, so war erstere am 8./9. Dezember 2016 ein bitterer Vorgeschmack auf zweitere am 7./8. Juli 2017. »Austragungsort« für beide Veranstaltungen: Hamburg. Zielsetzung unter sicherheitsrelevanter Perspektive: Im Dezember 2016 schon mal erproben und veranschaulichen, was uns im Juli 2017 voraussichtlich in noch geballterer Form erwarten dürfte: Ein nochmals getoppter größter Polizeieinsatz in der Geschichte der Freien und Hansestadt. Zum »Schutz« der OSZE-Tagung vor einigen kleineren Aktionen und Demonstrationen sind in Hamburg u.a. aufgefahren worden: 13.200 PolizistInnen, 18 Panzerwagen, 22 Wasserwerfer, 35 Boote, 10 Hubschrauber, 62 Hunde, 37 Polizeipferde (<http://www.mopo.de/25205726>).

Eine weitere Einstimmung auf das, was unsere Stadtgesellschaft in einem guten halben Jahr erwarten wird, war das mit der Anwesenheit von angeblich gewaltbereiten Gruppen begründete Raum-Verbot einer »Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel 2017«. Sie sollte am 3./4. Dezember – also wenige Tage vor der OSZE-Konferenz – in der St. Georger Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) stattfinden. Und sie hat dort letztlich auch stattgefunden, da das Hochschulpräsidium und Wissenschaftssenatorin Fegebank (DIE GRÜNEN) eine kurzfristige Niederlage vor Gericht erlitten. Die von rechten Kräften wieder einmal hochgekochte Gewaltdebatte, sie sollte auch DIE LINKE unter Druck setzen. Christiane Schneider reagierte darauf mit einer Rede in der Hamburgischen Bürgerschaft am 1. Dezember, die wir im Folgenden dokumentieren.

Vor ziemlich genau sieben Jahren, am 8. Dezember 2009, habe ich an genau diesem Platz für die Fraktion DIE LINKE deutlich gesagt: »Wir lehnen die Verfolgung politischer Ziele mit

Mitteln der Gewalt ab – ohne Wenn und Aber ... Wir sehen für uns, als Linke, Verantwortung dafür, Perspektiven friedlicher gesellschaftlicher Veränderungen aufzuzeigen.«

Ich habe Ähnliches zu anderen Gelegenheiten gesagt. Wer hier, wie die AfD in ihrer Pressemitteilung, uns eine distanzlose Nähe zu Gewalt unterstellt und so tut, als müsse er von uns eine Distanzierung einfordern, der verfolgt einen ganz anderen Zweck.

Wenn aber die AfD in ihrer Pressemitteilung Kritik an politischen Entscheidungen – konkret an unserer Kritik am G20-Gipfel und an der Entscheidung, ihn hier in Hamburg durchzuführen –, wenn die AfD also Kritik zum eigentlichen Problem erklärt, dann offenbart sie ein politisches Verständnis, das mit Demokratie nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Demokratie lebt von Kritik, von Widerspruch, von Meinungskampf und politischer Auseinandersetzung. Sie versuchen, Kritik mundtot zu machen.

Und – es ist nicht der Widerspruch, nicht die Kritik, nicht das politische Argument, die die Atmosphäre vergiften, sondern die Hetze, der Hass, das Ressentiment, die sich im Zusammenhang mit dem Erstarken der AfD in dieser Gesellschaft ausbreiten und die in der Tat das gesellschaftliche Zusammenleben vergiften und potenziell für viele Menschen, für Muslime, MigrantInnen überhaupt, für Homosexuelle und andere Minderheiten zur Gefahr werden.

Ich werde mich aber an Ihnen von der AfD nicht weiter abarbeiten – nicht an einer Partei, deren Führungsfiguren an den Grenzen schießen lassen wollten und deren Hamburger Bürgerschaftsfraktion sich zu keinem Zeitpunkt von dieser Gewaltphantasie distanziert hat.

Mit Blick auf den G20-Gipfel sage ich hier ausdrücklich, nicht weil die AfD es von uns verlangt, sondern weil es unser Selbstverständnis ist: Wir führen diese Auseinandersetzung, beteiligen uns an den Aktionen, auch an kreativen Aktionen und auch, wenn es angemessen ist, an Aktionen des



zivilen Ungehorsams – immer strikt gewaltfrei. Und: Wir werden das Recht auf Kritik, auf Widerspruch, auf Protest, wir werden das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen. Deshalb verlangen wir von Rot-Grün, vom Senat, dass er sich nicht von der AfD vor sich hertreiben lässt. Dass er die politische Auseinandersetzung zuallererst politisch führt und nicht mit Repression beantwortet und dass er die Meinungsfreiheit akzeptiert.

Gestern hat die HAW sehr kurzfristig einen schon vor längerem abgeschlossenen Mietvertrag über die Räume für eine Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel am kommenden Wochenende gekündigt – auf Druck des Landesamtes für Verfassungsschutz, heißt es, und wohl auch nicht ohne Beteiligung der GRÜN-geführten Wissenschaftsbehörde. Die GRÜNEN als Partei der Grund- und Bürgerrechte – ich fürchte, das war einmal, und das stimmt mich nicht froh. Und deshalb wiederhole ich: WIR werden das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen.

Dieser Versuch eines kalten Verbots einer Konferenz ist ein verheerendes Signal der Eskalation: Es soll keinen Raum für Kritik und Protest geben, basta!

Und es gibt ja weitere Signale. So wurde zum Leiter des Vorbereitungsstabes und Polizeiführer der Einsätze ausgerechnet der eigentlich schon wegbeförderte Hartmut Dudde ernannt. Es ist gerichtsnotorisch und weithin bekannt, dass Herr Dudde in seiner Zeit als Gesamteinsatzleitung der Bereitschaftspolizei mehrfach Rechtsbrüche begangen hat. Zum Beispiel rechtswidrige Einkesselungen von VersammlungsteilnehmerInnen oder rechtswidrige Auflösung von Versammlungen. Sie machen jemanden, der gerade nicht für Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, nicht für Deeskalation steht, zum Leiter des Vorbereitungsstabes und signalisieren damit, dass es im Zweifelsfall eben nicht auf das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ankommen soll.

## Nolympia – NEIN wie gut war das!

Bilanz der Initiative NOlympia Hamburg zum Jahrestag des Referendums



Demo in der Langen Reihe (www.mittendrin.de)

Ein Jahr ist vergangen, seitdem die SPD-GRÜNEN-Koalition, allen voran Bürgermeister Olaf Scholz und seine Stellvertreterin Katharina Fegebank, ihre heftigste Niederlage in der laufenden Legislaturperiode erfahren haben: Die Mehrheit der HamburgerInnen votierte gegen Hamburg als Milliarden verschlingenden Austragungsort der Olympischen Spiele. Wie hoch alleine die Bewerbungskosten ausgefallen sind, darum ranken sich in den vergangenen Wochen noch eine Reihe von Kleinen Anfragen der Linksfraktion. Hier nehmen wir die am 28. November veröffentlichte Bilanz der Hamburger NOlympia-Initiative auf, ein Jahr nach dem Scheitern des Referendums. Wir danken der Initiative für die Möglichkeit der Übernahme des Beitrages in diesem »BürgerInnenbrief«.

Eine nachhaltige und smarte Bewerbung in einem demokratischen Land hätte es sein sollen, ein Olympia der kurzen Wege, eine Musterbewerbung ganz nach den neuen Kriterien der IOC-Agenda 2020. Aus der Traum – noch bevor die Spiele stattgefunden haben. Nein, hier geht es nicht um Hamburgs Olympiatraum, der zum Alptraum wurde, sondern um den Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2020: Tokio. Dort steigen die Kosten dramatisch – von ursprünglich kalkulierten 6,4 auf aktuell geschätzte 27 Mrd. Euro. In Hamburg indes dürften ein Jahr nach dem Olympia-Referendum nicht wenige erleichtert sein, dass hier ein ähnliches Schicksal abgewählt wurde. Die 51,6% der stimmberechtigten HamburgerInnen, die am 29.11.2015 gegen die Bewerbung der Stadt für die

Olympischen Sommerspiele 2024 votierten, dürfen sich heute bestätigt sehen. Manche unverdrossene OlympiabefürworterInnen jammern nach wie vor, dass dieses Mal in Hamburg aber wirklich alles anders gekommen wäre. Die Fakten sprechen dagegen. So bleibt die Hansestadt vollständig auf den bislang aufgelaufenen Kosten der Bewerbung hängen. Wieviel das ist, lässt sich immer noch nicht genau bestimmen, die Angaben schwanken zwischen knapp acht und über 12 Millionen Euro.<sup>1</sup> Der Bund zahlt nichts, trotz anderweitiger Zusagen.

Wie schon bei anderen Großprojekten hat Hamburg schlecht verhandelt. Verbindliche Zahlungszusagen – z.B. im Gesellschaftervertrag der Bewerbungsgesellschaft – hat nur die Stadt gemacht. So konnte die Bundesregierung sich aus formalen Gründen aus der Zahlung bereits bereitgestellter Beträge rauswinden. Nach wie vor ist die Bewerbungsgesellschaft nicht komplett abgewickelt. Wie lange die Liquidation noch dauern wird, ist nicht absehbar. Laut Senatsaussage verschlingt das allein an monatlichen Personalkosten einen Betrag, der bei dem Doppelten von dem liegt, was NOlympia für die gesamte Kampagne zur Verfügung stand.

Die Gesamtsumme liegt inzwischen schon im Bereich dessen, was die Stadt insgesamt als Kosten für den gesamten Bewerbungsprozess bis September 2017 genannt hatte, und dies ist nur ein Beispiel dafür, wie begrenzt die Haltbarkeit von Zahlen und Absprachen in Bezug auf Olympia-Bewerbungen ist. Auch in London – so berichtete das »Handelsblatt« kürzlich – sind die Kosten für den notwendigen Umbau des Olympiastadions nochmal um 100 Millionen Euro gestiegen – ein weiteres Erbe der Sommerspiele 2012.

### **Die Doping- und Korruptionsspiele von Rio zeigen den wahren Geist des IOC**

Ein Blick zurück ein Jahr nach dem Referendum ist auch ein Blick zurück auf die Olympischen Sommerspiele von Rio. Nur wenige Monate nach dem Hamburger Nein hat das IOC alles daran gesetzt, zu demonstrieren, dass sämtliche Bedenken ihm gegenüber mehr als gerechtfertigt sind. In Hamburg hieß es während der Bewerbungsphase von den BefürworterInnen allenthalben, die »Reformagenda 2020« sei der Beweis dafür, dass die Herren der Ringe sich ändern wollten. Doch die Sommerspiele in Rio sind nur knapp am Totaldesaster vorbeigeschrammt.

Viele Medien machten vor allem die schwierige wirtschaftliche Lage und die politische Situation des Landes dafür verantwortlich. Der Hauptgrund ist jedoch die nicht mehr zu verleugnende Reformunfähigkeit und -unwilligkeit des IOC. Da wäre z.B. der zwischen Ignoranz und Arroganz changierende Umgang mit den Erkenntnissen der WADA (World Anti-Doping Agency) zu nennen – sowohl zum exemplarischen Dopingfall Russland als auch zu den Spielen in Rio selbst. Oder die Dreistigkeit, mit der der Ticketkorruptionsskandal heruntergespielt wurde, in dem immerhin eine Führungsfigur des IOC, der damalige Vorsitzende des Europäischen Olympischen Komitees Pat Hickey, eine zentrale Rolle spielte.

Die Paralympischen Spiele waren von heftigen Mittelkürzungen betroffen, mit denen sie die Verluste von Rio 2016

kompensieren mussten. Zuvor hatte das Paralympische Komitee den Ausschluss Russlands wegen der Dopingaffäre beschlossen und das IOC damit offenkundig verärgert. In der Stadt selbst waren und sind die üblichen Begleiterscheinungen zu spüren: Verdrängung unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen, Kostensteigerungen, Umverteilung öffentlicher Gelder in private Kassen, Repressionsmaßnahmen.

Schon vor der Eröffnung der Spiele titelte das Online-Business-News-Magazin Quartz: »Die Olympischen Spiele erlauben es Demokratien, sich wie Diktaturen zu verhalten«. Trotz allem sprechen IOC-Funktionäre – ebenso wie ihnen verbundene Medien – von einem Erfolg. Aus Sicht von Bach und Konsorten mag das sogar stimmen: Die Bilder waren glamourös, und sie haben gut verdient. Den Preis zahlen wie gehabt andere. Da das offenbar auch ohne Reformen ganz gut funktioniert, ist die vor kurzem noch vielbeschworene Agenda 2020 schon wieder Schnee von gestern: In Rio hat Bach die unverbindliche Absichtserklärung nicht mal mehr erwähnt.

### **Olympia abzuwählen, war eine gute und weitsichtige Entscheidung**

Auf der Ebene des hiesigen Sportfunktionärstums, beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), sieht es kaum besser aus. Erst kürzlich bescheinigten die Unternehmensberater von Ernst & Young dem DOSB Intransparenz und massive strukturelle und finanzielle Defizite. Kein einziger Funktionär musste bisher aufgrund der gescheiterten Olympiabewerbungen von Hamburg und München seinen Hut nehmen.

Selbstkritik? Fehlanzeige! Ein Jahr nach dem Olympia-Aus von Hamburg übt sich die DOSB-Führungsebene weiterhin in selbstmitleidiger Wählerbeschimpfung und sieht sich als Opfer äußerer Einflüsse. Die korrupte Fifa, der Terror von Paris, die Flüchtlinge oder wahlweise die Unsportlichkeit der BürgerInnen – Deutschland sei eben einfach nicht olympiatauglich, so das larmoyante Fazit des DOSB-Vorstandchefs Alfons Hörmann.

Hamburger OlympiabefürworterInnen hingegen sind vor allem mit einem beschäftigt: Sich nicht weiter mit den tatsächlichen Ursachen ihrer Niederlage beschäftigen zu müssen. Schnell wurde zur Tagesordnung übergegangen ohne ein Moment der kritischen Reflexion. Dabei gäbe es viel aufzuarbeiten. »Weil Hamburg nur gewinnen kann« lautete der Slogan der inhaltsleeren und einseitig auf Emotionen setzenden Kampagne der Olympia-Pusher. Über 2 Millionen Euro sind allein in den Werbeetat geflossen. Flankiert wurde diese Hurra-Stimmung von einer mächtigen Lobby aus Politik, Medien und Wirtschaft.

Ein detaillierter Blick auf die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Stadtteilen zeigt hingegen, dass vor allem diejenigen gegen die Olympiabewerbung gestimmt hatten, die über wenig Geld verfügen und die direkt von dem Großevent

<sup>1</sup> Meldungen zufolge beträgt die Summe offiziell 12,6 Millionen Euro. Laut einer Pressemitteilung der »Linken«, die sich auf offizielle Auskünfte des Senats auf Fragen der Fraktion bezieht, sind für die Bewerbung inzwischen Kosten von 22 Millionen Euro aufgelaufen.



betroffen gewesen wären. Das Nein der Mehrheit der Bürgerinnen ist somit ein klares Nein zu einer Stadtpolitik, die auf Eventisierung und Großprojekte setzt. Viele Hamburgerinnen und Hamburger haben sich geweigert, dem Senat einen Blankoscheck für Olympische Spiele auszustellen und damit eine Politik zu legitimieren, die auf eine Umverteilung öffentlicher Gelder zugunsten einiger Konzerne hinausläuft. Es wären die Steuerzahlenden in Hamburg und ganz Deutschland gewesen, die das komplette Finanzierungsrisiko des Spektakels und seiner Auswirkungen auf die Stadtentwicklung zu tragen gehabt hätten.

### **Das Nein zu Hamburg 2024 ist ein Nein zum Ausverkauf der Stadt**

Bei unseren zahlreichen Veranstaltungen im Vorfeld des Referendums haben wir viele Menschen getroffen, die die Hochglanz-Olympia-Vision des Senats nicht teilten und dafür gute Gründe hatten. Viele haben die Versprechen rund um Brot & Spiele schlicht nicht geglaubt: Alle profitieren, aber niemand zahlt – wo gibt's denn das? Das Nein zu Olympia war ein wohl überlegtes Nein. Viele Bürgerinnen und Bürger können sich schon jetzt die Mieten und den Unterhalt in dieser Stadt kaum leisten. Im Zuge von Olympia befürchteten sie einen weiteren Anstieg der Lebenshaltungskosten – auch aufgrund der Erfahrungen in anderen Städten. Die Aussicht auf eine zweite Hafencity auf dem Kleinen Grasbrook mit überdimensionierten Stadien und teuren Eigentumswohnungen (neben ein paar für 15 Jahre günstigeren Wohnungen) wurde mehr als Bedrohung denn als Verheißung empfunden. Solange dem rot-grünen Senat keine besseren Ideen zur Lösung sozialer Probleme ein-

fallen als unwirksame Mietpreisbremsen und Drittmixe, die den Nettoverlust an bezahlbarem Wohnraum nicht annähernd auffangen können, müssen Werbekampagnen für derartige Großprojekte am Realitätssinn der betroffenen Bevölkerung scheitern: Das Sein bestimmt das Nein.

NOLympia Hamburg ist angetreten mit der Forderung nach »Etwas Besserem als Olympia«. In unserer Resolution vom Frühjahr 2015 haben wir Ecksteine gesetzt, die nach wie vor aktuell sind. Wir sprechen uns für eine zeitgemäße und moderne Stadtentwicklung aus: Bottom-Up, ergebnisoffen und mit wirklicher Beteiligung aller, die durch Planungen tangiert werden. Eine Stadtentwicklung, die auf die Bedürfnisse der Menschen setzt und nicht auf Konzerne und Großinvestoren, die mit fragwürdigen Großprojekten und substanzlosen Marketingstrategien in die Stadt gelockt werden sollen. Wir setzen uns für die Stärkung des Schul- und Breitensports ein: inklusiv, für alle verfü- und bezahlbar als öffentliche Aufgabe dauerhaft in öffentlicher Hand.

Ein Jahr nach dem geglückten Olympiareferendum gibt es nach wie vor viel zu tun. Die Blaupausen für die neue, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadt sind längst in Arbeit. Viele, die bei NOLympia Hamburg aktiv waren, engagieren sich weiter in den verschiedensten sozialen, künstlerischen und politischen Zusammenhängen für ein besseres Leben für alle Menschen in Hamburg. Lasst uns gemeinsam eine weltoffene, soziale, inklusive Stadt entwickeln und verwirklichen. Olympia ist das Letzte, was wir dafür brauchen.

Mehr zu NOLympia Hamburg unter [www.nolympia-hamburg.de](http://www.nolympia-hamburg.de).

## **Erhalt & soziale Umnutzung des Cityhofes!**



Cityhöfe 2015 (Foto: City-Hof e.V.)

Eigentlich schien- trotz aller knirschenden Widersprüche – alles in trockenen Tüchern: Kulturbehörde und Denkmalschutzamt wurden ruhiggestellt, ein Wettbewerbsverfahren zur Neugestaltung ausgerichtet, die Öffentlichkeit auf so etwas wie »alternativlos« orientiert. Aber nein, weit gefehlt!

Die Rede ist vom »City-Hof«, den vier 1954/58 errichteten und mittlerweile unter Denkmalschutz stehenden Hochhaustürmen am Klosterwall. Gut 38.000 qm Büro- und Ladenfläche sind hier vereint, in exponierter Lage und mit Blick über die Innenstadt, den Hauptbahnhof und den Hafen. Ein



Sahnestück, nach dem sich Spekulanten naheliegenderweise die Finger lecken. Und die Freie und Hansestadt Hamburg möchte Geld damit machen. Um u.a. das in Bälde aufgegebene Gruner-und-Jahr-Gebäude zu kaufen, fragt sich die kritische Zeitgenossin? Um den vor einem Jahrzehnt eingeleiteten Privatisierungskurs der CDU und ihres Senators Peiner fortzusetzen? Grünlich-rötlich lackiert?

Tatsächlich steht die Stadt, steht die Stadtentwicklung wieder einmal am Scheideweg. Verkauft sie eines der letzten, zentral gelegenen städtischen Grundstücke im City-Bereich, um dem geplanten, auch ökologisch bedenklichen Abriss des Cityhofes und einem superteuren Spekulantenvorhaben den Weg zu bereiten? Oder nutzt sie die einmalige Chance, das Gebäude im städtischen Eigentum zu erhalten und hier wichtige soziale und kulturelle Projekte anzusiedeln, spätestens nach dem für die zweite Jahreshälfte 2018 vorgesehenen Umzug des Bezirksamtes Hamburg-Mitte ins alte Springergebäude an der Kaiser-Wilhelm-Straße/Caffamacherreihe?

Ein trauriges Beispiel für die verfehlte Grundstücks- und Sozialpolitik des Senats lieferte jüngst das KIDS, eine Einrichtung für die sogenannten Hauptbahnhof- und Straßenkinder. Übrigens die erste ihrer Art in der Bundesrepublik, mit großer Kompetenz und hoher Anerkennung. Seit 1993 Jahre war das KIDS im stadteigenen Bieberhaus am Hachmannplatz untergebracht, hauptbahnhof- und szenenah, wie es sich gehört und sinnvoll ist. Dann erfolgte der Verkauf des Gebäudes, das seit 2006 im Eigentum der profitorientierten »Alstria Office Reit-AG« ist. Und die nutzte vor einigen Monaten die Gelegenheit, anlässlich anstehender Sanierungsarbeiten dem KIDS zu kündigen und einen Folgemietvertrag – im Unterschied zu allen anderen Vormietern – zu verweigern. Wochenlang stand das KIDS vor dem Nichts, eine räumliche Alternative in Hauptbahnhofnähe konnte nicht gefunden werden.

Erst vor kurzem wurde eine mehr als provisorische Unterbringung am Holzdamm/Ecke Ernst-Merck-Straße installiert: acht Container, Metallbunker, ohne Fenster. Das ist das Ergebnis einer städtischen Liegenschaftspolitik, offenbar auch unter Rot-Grün, die letzten City-Grundstücke zu verscherbeln und damit einer sozialen Nutzung den Garaus zu machen. Was schert die Stadt die »Hauptbahnhofproblematik«? Mit ihren Hunderten, Tausenden Menschen, für die dieses urbane Herzstück Lebensmittelpunkt ist? Für die aber auch Begleit-einrichtungen vonnöten sind, die weder von der Alstria noch irgendwelchen anderen privaten Vermietern akzeptiert werden? Der City-Hof birgt eben diese Möglichkeit. Und die dürfen wir uns nicht vergeben.

Der Verein City-Hof e.V. und mit ihm die Stadtteilinitiative Münzviertel, der Verein Gängeviertel e.V., der Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V., der AStA der HafenCity-Universität und das Netzwerk Recht auf Stadt laden daher ein zu einer Veranstaltung unter dem Titel »City-Hof: Soziale Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof – Bevor der Zug abgefahren ist!« Stattfinden wird sie am Dienstag, den 24. Januar 2017, um 19.00 Uhr im Münzviertel, genauer im »Herz As« (Norderstraße 50). An diesem Abend sollen möglichst viele Menschen, VertreterInnen von Verbänden und Initiativen in Erscheinung treten, um mit einem »Paukenschlag« (so die Veranstalter) gegen den Verkauf der Liegenschaft, gegen den Abriss und für eine soziale Umnutzung Stimmung zu machen. Für die Linksfraktion wird Heike Sudmann teilnehmen.

Nutzen wir die vielleicht letzte Chance, einen so richtig dicken Fuß in die Tür zu kriegen!

Mehr unter [www.city-hof.org](http://www.city-hof.org) und in der jüngsten Ausgabe der Stadtteilzeitung des St. Georger Einwohnervereins unter [http://gw-stgeorg.de/ev2/wp/wp-content/uploads/2016/12/LD\\_Nr299.pdf](http://gw-stgeorg.de/ev2/wp/wp-content/uploads/2016/12/LD_Nr299.pdf).

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Am 22. Dezember ist der neue (18.) **Newsletter Innen-, Flüchtlings- und Verfassungspolitik** herausgekommen. Verantwortlich dafür sind Christiane Schneider und ihre wissenschaftliche Referentin, Surya Stülpe. Thematisch geht es u.a. um die Forderung nach einem/einer unabhängigen Polizeibeauftragten, die sog. Gefahrengelände, Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation und die Abschiebehauptstadt Hamburg. Bitte anklicken: <http://archiv.linksfraktion-hamburg.de/index.php?id=4449>.

Wohl mit Blick auf die Haushaltsberatungen hat die **Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen** (BSW) im November eine neue, 30seitige Broschüre vorgelegt. Ihr Titel: **Wohnungsbaubericht Hamburg 2014/2015**. Hier abrufbar: [www.hamburg.de/contentblob/7541486/48580bfec3c6dff9e96e2784c983dbe6/data/d-wohnungsbaubericht-2014-2015.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/7541486/48580bfec3c6dff9e96e2784c983dbe6/data/d-wohnungsbaubericht-2014-2015.pdf). Nur so viel an dieser Stelle: Darin finden sich viele Daten, die sich alle wohnungspolitisch Interessierten zu Gemüte führen sollten. Das Problem: Viele Daten verderben den Brei, oder anders formuliert: Werden die nötigen Verknüpfungen ausgespart, ergibt sich ein schiefes Scholzorama. Die Lösung: Steht im nächsten »BürgerInnenbrief«.



Im letzten »BürgerInnenbrief« vom 25. November hatten wir die **Petition Hamburg hat Platz!** aufgenommen. Deren Ziel: die Aufnahme von 1.000 zurzeit in Griechenland festsitzenden Geflüchteten. Auf besonderen Wunsch legen wir hier den Link nach: <https://weact.campact.de/petitions/hamburg-hat-platz> – nicht zuletzt, um für die Sammlung von Unterschriften fleißig weiter zu werben. Nach neuestem Stand haben die Petition 2.850 Hamburgerinnen unterzeichnet, darüber hinaus mehr als 30 Organisationen.

Über **Johannes Kahrs**, den rechtssozialdemokratischen Bundestagabgeordneten und Sprecher des Seeheimer Kreises, ist in den letzten Jahren schon viel geschrieben worden. Da er sich anschickt, bei der nächsten Bundestagswahl im September 2017 über das Hamburger Ticket (erstmalig via Landesliste!) erneut ins Berliner Parlament einzurücken, erinnern wir an einen nicht mehr ganz frischen, aber immer noch aktuellen Artikel in der »Zeit«: <http://www.zeit.de/2014/53/spd-johannes-kahrs-wahl/>.



Zum **Unwort des Jahres 2016** hat Mitte Dezember das Straßenmagazin »Hinz & Kunzt« das Begriffspaar von den **»freiwillig« Obdachlosen** gekürt. Freiwillig Obdachlose könnten das angelaufene Winternotprogramm nicht mehr in Anspruch nehmen, da sie ja eigentlich ein Zuhause hätten, z.B. an der Schwarzmeerküste in Rumänien. Kein Problem also, hat sich die Hamburger Sozialbehörde gesagt und ihren Sprecher Marcel Schweitzer entsprechend schwadronieren lassen. Die ganze Entscheidung von Hinz & Kunzt gibt's hier: <https://www.hinzundkuntz.de/hinzkuntz-kuert-das-unwort-des-jahres/>.

Hierzu passt gut ein Verweis auf eine neue Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung: **Gerechte Armut? Mythen und Fakten zur Ungleichheit in Deutschland**. Darin geht's um so schöne Aussagen wie »Arme sind gar nicht arm«, »Die Reichen sind gar nicht reich« oder auch »Deutschland geht es so gut wie nie«... Hier zu finden: [www.rosalux.de/publication/42683](http://www.rosalux.de/publication/42683). Und wer mitkriegen möchte, was die Rosa-Luxemburg-Stiftung so treibt, der guckt auch noch in den **Rosalux-Jahresbericht 2016**: <http://newsletter.rosalux.de/m/10911563/105348-e98982a1494452d-90f012e8939b16c6a>.



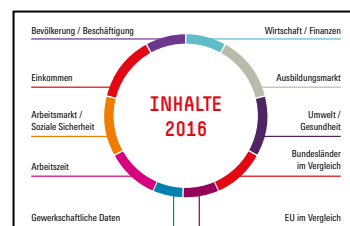
Wer sich ein Bild von den sehr unterschiedlichen **Durchschnittsmieten in den Hamburger Stadtteilen** machen will, dem/der bietet die »Hamburger Morgenpost« noch eine von Ende August 2016 datierende Übersicht zum Anklicken. Der »Wohnkostenanteil«, den die HamburgerInnen berappen müssten, sei danach von 21,3% im Jahr 2012 auf durchschnittlich 22,6% in 2016 angestiegen. Hinzuzufügen wäre, dass sich dieser Wert bei einkommensarmen Haushalten noch gigantisch erhöht. Mehr hier: [www.mopo.de/hamburg/grosser-mieten-atlas-das-zahlen-die-hamburger-wirklich-fuers-wohnen-24620908-seite2](http://www.mopo.de/hamburg/grosser-mieten-atlas-das-zahlen-die-hamburger-wirklich-fuers-wohnen-24620908-seite2).

Seit Jahren nahezu unverzichtbar für die Stadtteilarbeit und etwaige Vergleiche zwischen den Quartieren sind die jeweils im Herbst erscheinenden **Hamburger Stadtteilprofile**, herausgegeben vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Die jüngste Ausgabe ist Ende November erschienen und bietet für die 104 Stadtteile jeweils auf zwei Seiten Daten zu den Bereichen Bevölkerung und Haushalte, Wanderungsbewegungen, Sozialstruktur, Wohnsituation, Infrastruktur und Verkehr. Gesondert betrachten werden zudem die Quartiere Mümmelmannsberg, Reiherstiegviertel, Osdorfer Born, Eidelstedt-Mitte, Steilshoop, Hohenhorst, Lohbrügge-Ost, Harburger Innenstadt/Eißendorf-Ost sowie Neuwiedenthal. Zu finden ist das neue Informationspaket (aber auch ältere Stadtteil-Profile ab 2008) unter [www.statistik-nord.de/daten/datenbanken-und-karten/interaktive-karten-fuer-hamburg-und-historische-stadtteildatenbank/](http://www.statistik-nord.de/daten/datenbanken-und-karten/interaktive-karten-fuer-hamburg-und-historische-stadtteildatenbank/). Die Daten veranschaulichen das dramatische Arm-Reich-Gefälle, wie sie von der »Hamburger Morgenpost« zu den »10 Fakten: So gespalten ist Hamburg« zusammengestellt wurden ([www.mopo.de/hamburg/10-fakten-so-gespalten-ist-hamburg-25193284](http://www.mopo.de/hamburg/10-fakten-so-gespalten-ist-hamburg-25193284)).

Reichlich **Daten insbesondere zur Beschäftigungslage und Wirtschaft, zu TransferleistungsempfängerInnen und zu den Gewerkschaften** im Bundesländer-Vergleich hält das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung bereit: [www.boeckler.de/17065.htm](http://www.boeckler.de/17065.htm).



In den letzten Jahren haben genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Überlegungen eine Renaissance erfahren, sie rangieren neuerdings unter dem Stichwort der **Neuen Gemeinnützigkeit**. Eine Facette ist der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften, der die großen Traditionen der gewerkschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen fortsetzt. Vielen unbekannt sein dürfte, dass im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof 60 das **Hamburger Genossenschafts-Museum** untergekommen ist. Dessen seit kurzem erscheinenden Newsletter und mehr gibt es unter [www.kaufmann-stiftung.de](http://www.kaufmann-stiftung.de).



Reichlich Informationen, Zahlen und **Fakten zum bevorstehenden G20-Gipfel** und überhaupt zum gleichnamigen Zusammenschluss der 19 Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union (Stand: Anfang Dezember 2016) präsentiert neuerdings die Heinrich-Böll-Stiftung: [www.boell.de/de/g20-deutschland-2017?utm\\_campaign=ds\\_g20\\_de](http://www.boell.de/de/g20-deutschland-2017?utm_campaign=ds_g20_de).

Gut oder schlecht zu wissen: Die 17 ersten vom neuen US-Präsidenten Donald Trump benannten **Kabinettsmitglieder verfügen über ein Gesamtvermögen zwischen zehn und 15 Milliarden Dollar**, darunter Trump alleine ca. 3,7 Mrd. Damit verfügen die paar zukünftigen Regierungsoberen mindestens über so viel wie 43 Millionen andere US-Haushalte. Arm und Reich fallen im kommenden Kabinett so weit auseinander wie wohl niemals zuvor. Basisverbundenheit ist also garantiert! Nachzulesen sind die Zahlenspielerereien bei »Spiegel Online«: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/donald-trump-und-sein-kabinett-so-reich-wie-43-millionen-us-haushalte-zusammen-a-1126196-druck.html>.

Einen interessanten Vortrag hält der bekannte, ehemals aus Hamburg kommende Stadtsoziologe **Prof. Dr. Jens Dangschat** am **Montag, den 16. Januar**, um 19.00 Uhr, im dock europa (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof Eingang West). Er referiert über **Die europäische Stadt in der Globalisierung am Fallbeispiel Wien**. Verantwortet wird die Veranstaltung von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen ihrer Reihe »Metropolitenpolitik Hamburg: Zur Internationalisierung der Stadtentwicklung«. Der Eintritt ist frei. Mehr Infos: <http://www.hamburg.rosalux.de/event/57311/die-europaeische-stadt-in-der-globalisierung-fallbeispiel-wien.html>.



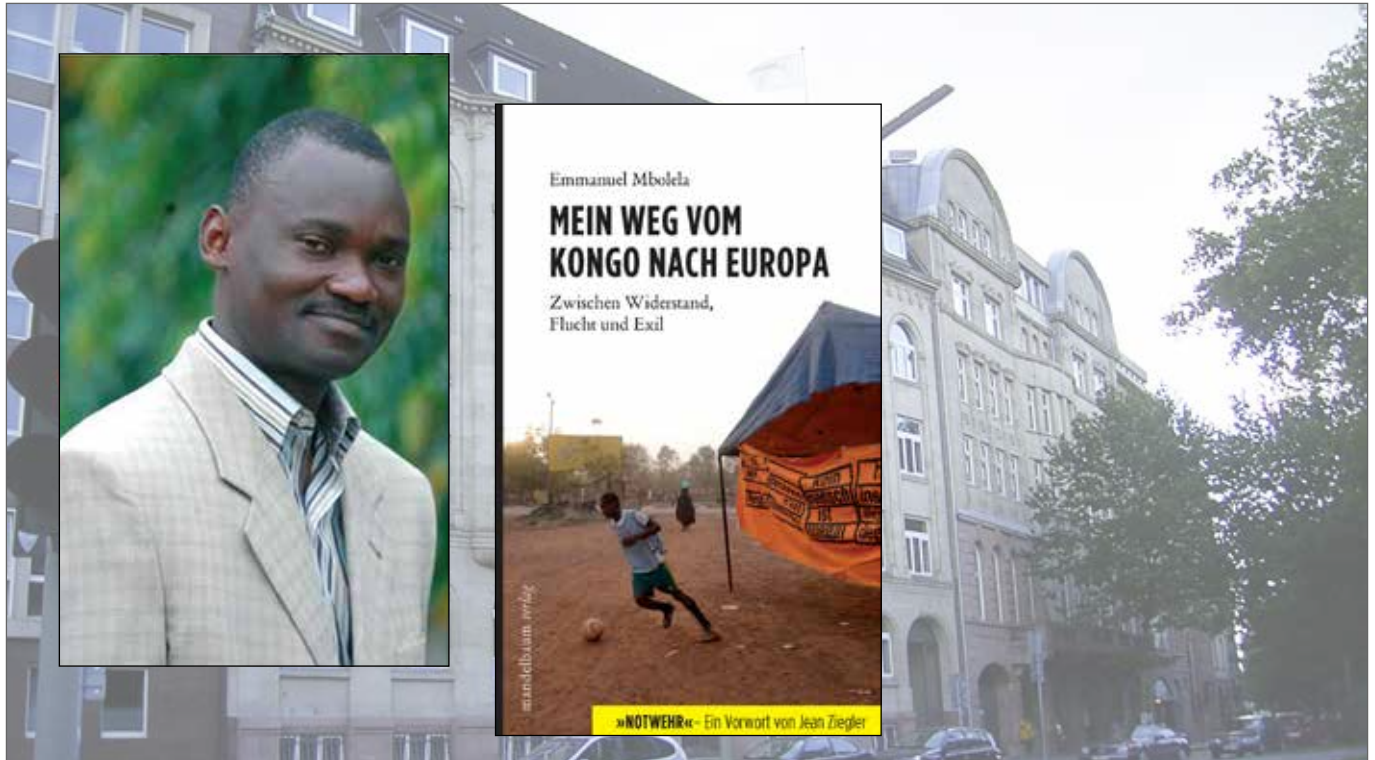
**Flucht und gesellschaftlicher Frieden** stehen auf der Tagesordnung einer international beschiedenen Veranstaltung der Werkstatt 3 (Nernstweg 34) am **Samstag, den 21. Januar**, von 10.00 bis 16.00 Uhr. Es geht beispielsweise um die Entwicklungen seit dem Sommer der Willkommenskultur 2015, die Zunahme gesellschaftlicher Spannungen und die Verstärkung des Gruppendenkens in »Wir« und »Sie«. Der Teilnahmebeitrag beträgt 10 Euro, eine Ermäßigung ist möglich. Mehr unter [www.w3-hamburg.de](http://www.w3-hamburg.de).

**GENUG für ALLE**  
**sozial.öko.logisch**

Die Linksfraktion im Bundestag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung laden ein zur Tagung **Genug für Alle – sozial.öko.logisch**. Diese Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau findet am **27./28. Januar** in der Zeche Zollverein Essen statt. Das markant besetzte Spektrum der DiskutantInnen wird sich um verschiedenste Aspekte von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen drehen. Nicht zuletzt wird es am Samstag, den 28. Januar, von 14.45 bis 16.30 Uhr einen Workshop zum Thema »Gegen die Verkehrs- und Betonlobby die Verkehrswende vorantreiben« geben. Mehr unter [www.sozial-oeko-logisch.de](http://www.sozial-oeko-logisch.de).



## Kulturipp: »Vom Kongo nach Europa«



Emmanuel Mbolela kommt ins Gewerkschaftshaus (Hintergrundfoto: wikipedia)

Viel haben wir in den letzten Monaten über die Ursachen und Folgen der weltweiten Fluchtbewegungen gesprochen, 60 Millionen sollen es sein, so viele wie niemals zuvor. Und die zutiefst ungerechten globalen Verhältnisse, der sich ankündigende Klimawandel, die wachsende Verzweiflung von Myriaden Menschen, all das wird die Problematik noch beträchtlich wachsen lassen.

Die individuelle Seite des massenhaften Schicksals der Flüchtenden rückt der in der Demokratischen Republik Kongo aufgewachsene Autor Emmanuel Mbolela in den Fokus. Er ist wegen seines politischen Engagements in einer studentischen Organisation attackiert worden und 2002 aus seiner Heimat geflohen. In dem Buch »Mein Weg vom Kongo nach Europa« hat er seine strapazenreichen, ja, auch immer wieder lebensbedrohlichen Fluchtstationen Kongo-Brazzaville, Benin, Kamerun, Mali und Algerien eindringlich geschildert, 2008 fand er schließlich in den Niederlanden Asyl.

»Emmanuel Mbolela will aufzeigen und aufrütteln«, heißt es in der Verlagswerbung für das 2014 in erster Auflage erschienene Buch. »Eindrücklich weist er mit seiner autobiographischen Erzählung auf Missstände und Unmenschlichkeit

hin, mit denen Flüchtlinge aus Afrika konfrontiert werden. Er berichtet von Angst und Ausbeutung während der Flucht und der besonders dramatischen Situation von Frauen und Mädchen, die gewalttätigen und sexuellen Übergriffen oft schutzlos ausgeliefert sind.«

Das Vorwort zu dieser Publikation hat übrigens Jean Ziegler (UNO-Menschenrechtsbeirat) geliefert: »Emmanuel Mbolela führt Protokoll, engagiert, zornig, aber immer außerordentlich präzise und lehrreich. Politische Analysen wechseln mit Erzählungen, Portraits und sehr lesenswerten Beschreibungen der verschiedenen Methoden der Repression...«

Am Donnerstag, den 26. Januar, ist Emmanuel Mbolela zu Gast in Hamburg. Er weilt hier auf Einladung des Ortsvereins und des Landesmigrationsausschusses von ver.di Hamburg sowie des Verbandes Deutscher Schriftsteller und des Vereins Kultur im Gewerkschaftshaus. Die um 19.00 Uhr im KLUB des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 62) beginnende Veranstaltung umfasst eine Lesung aus Mbolelas Buch und ein anschließendes Gespräch. Der Eintritt beläuft sich auf 5 Euro.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.